

Presseinformation

Erinnerung als Auftrag: „Historischer Kalenderdienst“ 3/2018 (Mai/Juni)

Die 81. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten Mai und Juni hin. Im Erinnerungsjahr 2018 setzt der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf 1968 und die Entwicklungen des „Prager Frühlings“ vor 50 Jahren.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 15. Juni 2018.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Tilman Günther, Pressesprecher der Bundesstiftung Aufarbeitung, Fon: 030 31 98 95 225, E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de.

Vor 90 Jahren

18.05.1928	Sowjetunion: Beginn des Šachty-Prozesses gegen sowjetische und deutsche Wissenschaftler und Techniker (erster Schauprozess in der UdSSR). Todesurteile gegen elf von 53 Angeklagten.
------------	--

Vor 85 Jahren

10.05.1933	Öffentliche Bücherverbrennungen auf dem Berliner Opernplatz und in 21 weiteren deutschen Städten auf Initiative der „Deutschen Studentenschaft“.
------------	--

Vor 75 Jahren

15.05.1943	Die Komintern wird aufgelöst.
------------	-------------------------------

Vor 70 Jahren

02.06.1948	Londoner Sechsmächtekonferenz endet mit einer Entschließung zur Bildung einer westdeutschen Bundesregierung.
18.06.1948	In den westlichen Besatzungszonen geben die Militärregierungen die Durchführung der Währungsreform am 20. Juni 1948 bekannt.
24.06.1948	Mit der Abriegelung aller Zufahrtswege nach West-Berlin durch die sowjetische Besatzungsmacht beginnt die Berlin-Blockade.
28.06.1948	Stalin bricht mit Tito: Ausschluss der Kommunistischen Partei Jugoslawiens aus der Kominform.
06.07.1948	Verhaftung des früheren kommunistischen Abgeordneten des preußischen Landtags und Gegners der sowjetischen Besatzung Alfred Schmidt durch sowjetische Militärpolizei.
11.07.1948	Gesamtdeutsche Tagung der evangelischen Kirche beginnt in Eisenach – Beschluss über eine einheitliche Grundordnung und Vereinigung zu einer einheitlichen Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD).
22.07.1948	Bulgarien: Der Chef der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Kosta Luftscheff, wird verhaftet. Die bulgarische Sozialdemokratie ist die einzige bedeutende sozialistische Partei Osteuropas, die sich weiterhin weigert, eine Fusion mit den Kommunisten einzugehen.
23.07.1948	Der Fraktionsvorsitzende der LDP im thüringischen Landtag, Hermann Becker, wird trotz seiner parlamentarischen Immunität vom NKWD verhaftet und 1950 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.
24.07.1948	25 oppositionelle CDU-Mitglieder in Berlin von sowjetischem Militärtribunal zu Strafen von bis zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Vor 65 Jahren

02.05.1953	Bischof Dibelius und das Evangelische Konsistorium Berlin- Brandenburg stellen gegen die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ wegen verleumderischer Berichterstattung über die kirchliche Jugendarbeit Strafanzeige.
05.05.1953	Anlässlich des 135. Geburtstags von Karl Marx bezeichnet Walter Ulbricht die politische Ordnung der DDR erstmals als Diktatur des Proletariats.
07.05.1953	Das Arbeiterwohngebiet des Eisenhüttenkombinats Ost bei Fürstenberg wird in Stalinstadt umbenannt. Das Werk selbst trägt fortan den Namen „J. W. Stalin“.
10.05.1953	Chemnitz wird in „Karl-Marx-Stadt“ umbenannt.
13.05.1953	Franz Dahlem wird im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozess in Prag aus Politbüro und ZK der SED als „Zionist“ ausgeschlossen.
14.05.1953	Das ZK der SED beschließt „die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit“.
28.05.1953	Auf den Beschluss des ZK der SED ordnet der DDR-Ministerrat eine Erhöhung der Arbeitsnormen um 10,3 % an.
28.05.1953	Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland aufgelöst, stattdessen Schaffung eines Hohen Kommissars zur Überwachung der Tätigkeit der DDR-Staatsorgane.
01.06.1953	Tschechoslowakei: Proteste nach Währungsreform, Aufstand in Plzeň (Pilsen) von Polizei und Armee niedergeschlagen.

03.06.1953	Der Kreml fordert von der DDR-Führung in Moskau einen radikalen politischen Kurswechsel.
09.06.1953	Das Politbüro des ZK der SED verkündet den „Neuen Kurs“ der Politik, mit dem der zunehmenden Unruhe in der Bevölkerung nach den Normenerhöhungen vom 28. Mai begegnet werden soll.
10.06.1953	Ministerpräsident Otto Grotewohl kündigt den Bischöfen der DDR die Beilegung des „Kirchenkampfs“ und das Ende der Verfolgung der „Jungen Gemeinde“ an.
11.06.1953	Auf Weisung des Politbüros vom 9. Juni nimmt der Ministerrat einige Zwangsmaßnahmen wie den Entzug von Lebensmittelkarten, nicht jedoch die erhöhten Arbeitsnormen zurück.
15.06.1953	Als eine Petition von Arbeitern der Ost-Berliner Stalinallee mit der Forderung zur Rücknahme der Normerhöhung vom Sekretär der SED-Betriebsgruppe nicht weitergeleitet wird, kommt es zu Arbeitsniederlegungen.
17.06.1953	Volksaufstand in der DDR mit Forderungen nach Rücktritt der Regierung und freien Wahlen. Er wird am Nachmittag von der sowjetischen Armee und der Kasernierten Volkspolizei blutig niedergeschlagen.
18.06.1953	Erste Todesurteile sowjetischer Standgerichte gegen demonstrierende Arbeiter vom 17. Juni 1953.
18.06.1953	Trotz verhängtem Ausnahmezustand und des brutalen Vorgehens von Militär und Polizei halten in Teilen der DDR die Unruhen an; es kommt zu Massenverhaftungen und standrechtlichen Erschießungen von Demonstranten.
21.06.1953	ZK der SED nimmt Normenerhöhungen vom 29. Mai zurück und bezeichnet den Aufstand vom 17. Juni als eine vom Westen gesteuerte „faschistische Provokation“.
22.06.1953	Der West-Berliner Senat beschließt die Umbenennung der zwischen der Siegessäule und dem Brandenburger Tor verlaufenden bisherigen „Charlottenburger Chaussee“ in „Straße des 17. Juni“.
26.06.1953	Sowjetunion: Lawrentij P. Berija, Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit und Innenminister, wird im Zuge des Machtkampfes nach Stalins Tod in Moskau verhaftet.

Vor 60 Jahren

24.05.1958	Warschauer Pakt beschließt Abzug sowjetischer Truppen aus Rumänien.
28.05.1958	Durch Beschluss der Volkskammer werden in der DDR die letzten Lebensmittelkarten abgeschafft.
16.06.1958	Ungarn: Der ehemalige Premier Imre Nagy, Leitfigur des Ungarnaufstands 1956, wird nach Geheimprozess wegen „konterrevolutionären Verhaltens“ gehängt.

Vor 55 Jahren

27.05.1963	Tschechoslowakei: Internationale Kafka-Konferenz in Liblice markiert das Ende der kulturellen Isolation und einen Auftakt zum Prager Frühling.
20.06.1963	USA und UdSSR vereinbaren Einrichtung einer direkten Telefon- und Fernschreibverbindung zwischen Washington und Moskau.
26.06.1963	US-Präsident John F. Kennedy wird für sein Bekenntnis „Ich bin ein Berliner“ begeistert in West-Berlin gefeiert.

Vor 50 Jahren

03.05.1968	Frankreich: In Paris wird nach blutigen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei die Sorbonne, die Universität von Paris, erstmals in ihrer Geschichte geschlossen. Es gibt zahlreiche Festnahmen.
06.05.1968	Polen: In Warschau treten jüdische Journalisten von ihren Ämtern als Redakteure polnischer Regierungszeitungen zurück. Damit protestieren sie gegen die antisemitische Kampagne der Staatspartei.
08.05.1968	Auf einem Geheimgespräch in Moskau diskutieren die „Warschauer Fünf“, die Parteichefs der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens, die Lage in der ČSSR. Ulbricht nennt Dubček einen „hoffnungslosen Fall“.
12.05.1968	Tschechoslowakei: Im Smetana-Saal des Prager Repräsentationshauses wird das alljährlich stattfindende Klassikfestival „Prager Frühling“ mit einem Festkonzert eröffnet. Es prägt den Begriff „Prager Frühling“ mit.
13.05.1968	In Paris beginnen die ersten offiziellen Gespräche zwischen den USA und Nordvietnam zur Beendigung des Vietnam-Krieges. Die Verhandlungen werden von den studentischen Unruhen in Frankreich begleitet.

14.05.1968	Tschechoslowakei: Prag findet Unterstützung aus Belgrad für seinen Reformkurs. Der jugoslawische Außenminister Nikezić erklärt bei seinem ČSSR-Besuch, die politische Entwicklung werde „mit großem Interesse und großer Sympathie verfolgt“.
15.05.1968	Während der zweiten Lesung der umstrittenen Notstandsgesetze im Deutschen Bundestag kommt es zu Streiks von Studenten und Schülern im gesamten Bundesgebiet.
20.05.1968	Frankreich: Nach der Niederschlagung der Studentenproteste in Paris am 11. Mai („Nacht der Barrikaden“) streiken aus Solidarität mehr als sieben Millionen Franzosen. Busse und Bahnen fahren nicht, die Schulen sind geschlossen.
21.05.1968	Der ostdeutsche Systemkritiker Robert Havemann erklärt in der Prager Zeitschrift „Svět v obrazech“: „Sozialisten und Kommunisten in aller Welt verfolgen heute mit wärmster Sympathie [...] die politischen Entwicklungen in der ČSSR.“
30.05.1968	Die in Teilen aus dem 15./16. Jahrhundert stammende Leipziger Universitätskirche wird trotz Protesten aus der Bevölkerung auf Weisung der SED gesprengt.
02.06.1968	Jugoslawien: In Belgrad kommt es am Rande eines Konzerts zu Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Miliz. Am Tag darauf besetzen tausende Studierende die Universität, um gegen die Gewalt der Staatsorgane zu protestieren.
08.06.1968	Politbüro-Mitglied Honecker erteilt „neuen Modellen des Sozialismus“ vor der 6. ZK-Tagung der SED eine scharfe Absage, ohne die ČSSR direkt zu nennen.
09.06.1968	Jugoslawien: Nach einer Woche Streik verspricht Staats- und Parteichef Tito, auf die studentischen Forderungen einzugehen. Gleichzeitig warnt er vor einer „Infiltrierung durch [...] schädliche Elemente“.
11.06.1968	DDR führt Pass- und Visazwang für Transitreisende nach West-Berlin ein.
18.06.1968	Frankreich: Nachdem die Forderungen der Gewerkschaften teilweise erfüllt worden sind, werden die seit Mitte Mai andauernden Streiks beendet.
19.06.1968	In der Tschechoslowakei beginnen große Manöver von Truppen des Warschauer Paktes unter dem Titel „Šumava“ („Böhmerwald“). Einzelne Truppenverbände verbleiben nach Abschluss in der ČSSR.
23.06.1968	Die Ruine der Potsdamer Garnisonskirche wird auf Geheiß Walter Ulbrichts gesprengt.
25.06.1968	Tschechoslowakei: Das Parlament verabschiedet Gesetze zur Rehabilitierung der Opfer politischer Prozesse, Aufhebung der Zensur und Föderalisierung.
26.06.1968	Tschechoslowakei: Das Prager Innenministerium teilt mit, dass Bürger der ČSSR künftig ohne besondere Genehmigung ins Ausland reisen können.
27.06.1968	Tschechoslowakei: In Prag wird das „Manifest der 2000 Worte“ veröffentlicht, in dem der Schriftsteller Ludvík Vaculík und weitere 67 Intellektuelle scharfe Kritik an der KPČ äußern und die Weiterführung der Reformpolitik fordern.

Vor 45 Jahren

11.05.1973	Der Bundestag ratifiziert den Grundlagenvertrag mit der DDR.
21.06.1973	Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR tritt in Kraft.

Vor 40 Jahren

04.05.1978	Die Evangelische Studentengemeinde Naumburg protestiert mit offenem Brief an alle Studentengemeinden der DDR gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts zum 1. September 1978.
25.06.1978	Evangelische Bischöfe wenden sich mit einem auf den Kanzeln verlesenen „Wort an die Gemeinden“ wie zuvor die katholische Kirche gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen.
30.06.1978	Rudolf Bahro wird in der DDR wegen der Veröffentlichung seines Buches „Die Alternative“ zu acht Jahren Haft verurteilt.

Vor 35 Jahren

12.05.1983	Mitglieder der Grünen, darunter Petra Kelly und Gert Bastian, demonstrieren auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz für Abrüstung in Ost und West und werden von der Polizei abgeführt.
18.05.1983	MfS-Aktion gegen die Jenaer „Friedensgemeinschaft“ beginnt; 40 Mitglieder werden in der Folge in den Westen abgeschoben.
05.06.1983	Fahrraddemonstration mit 150 Teilnehmern in Halle macht auf die Umweltverschmutzung durch die

	Buna-Werke aufmerksam. 40 Teilnehmer werden verhaftet und einen Tag lang festgehalten.
08.06.1983	Roland Jahn, Mitglied der Jenaer Friedensbewegung, wird in die Bundesrepublik abgeschoben.
28.06.1983	Dresdner Kirchenzeitung „Sonntag“ darf wegen eines Kindergedichts über den Frieden nicht ausgeliefert werden und muss neu gedruckt werden.
29.06.1983	Die Bundesregierung bürgt für einen Kredit an die DDR in Höhe von über einer Milliarde DM. In der Folge kündigt die DDR den Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze an.

Vor 30 Jahren

15.05.1988	Der sowjetische Truppenabzug aus Afghanistan beginnt.
03.06.1988	Sowjetunion: Gründung der litauischen Volksbewegung „Sajudis“ als Reformbewegung

Vor 20 Jahren

13.06.1998	Das Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur tritt in Kraft.
------------	---